

Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus*

Von Winfried Becker

Die Nouvelles Equipes Internationales (NEI) bildeten einen Zusammenschluss von Parteien, Gruppen oder Persönlichkeiten verschiedener europäischer Länder; sie existierten seit 1947 und gingen 1965 in der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) auf.¹ Von vornherein waren sie nicht allein pragmatisch, d.h. auf Ziele ihrer Nation und ihres Staates ausgerichtet. Sie wollten zwar auf Landesebene Erfolg haben, visierten aber darüber hinaus übernationale ideelle und reale Solidaritäten und Gemeinsamkeiten an. Das war ein neues Phänomen in der Politik und im Selbstverständnis der Parteien überhaupt, die ihre Existenz sonst in ihrer auf das 19. Jahrhundert zurückgehenden Entstehungsgeschichte primär der Reaktion auf landesspezifische Probleme verdankt hatten. Die NEI bildeten dagegen vor allem in ihrer Frühzeit ein internationales Diskussionsforum inmitten des großen Umbruchs, den Europa gerade erlebte und aus dem es, neue Stabilisierung suchend, herausgelangen wollte. Die neue christlich-demokratisch orientierte Personen- und Par-

* Deutsche, verbesserte und ergänzte Fassung des am 15. Dezember 2006 auf der Tagung der Fondazione Les Équipes Internationales: „Les Nouvelles Équipes Internationales“ in Rom gehaltenen Vortrages. Eine englische Fassung erschien in den Akten des Kongresses: Jean-Dominique DURAND (Hg.), *Le ‚Nouvelles Équipes Internationales‘. Un movimento cristiano per una nuova Europa*, Soveria Mannelli 2007, S. 277–305; deren deutsche Version: *Die Nouvelles Equipes Internationales. Internationaler Föderalismus*, in: Prague Papers on the History of International Relations 2007, S. 369–392.

1 Stefan DELUREANU, *Les Nouvelles Equipes Internationales. Per una rifondazione dell' Europa (1947–1965)*, Domagnano/San Marino 2006; Philippe CHENAUX, *Les Nouvelles Equipes Internationales*, in: Sergio PISTONE (Hg.), *I movimenti per l'unità europea dal 1945 al 1954. Atti del Convegno internazionale Pavia 19-20-21 ottobre 1989*, Milano 1992, S. 237–252; Jean-Dominique DURAND, *L'Europe de la démocratie chrétienne*, Brüssel 1995; vgl. Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen – Programmatik – Perspektiven*, Freiburg i. Br. 2004; Thomas KSELMAN/Joseph A. BUTTIGIEG (Hg.), *European Christian Democracy. Historical Legacies and Comparative Perspectives*, Notre Dame, In. 2003; Michael GEHLER/Wolfram KAISER/Helmut WOHNOUT (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Köln 2001; Emiel LAMBERTS (Hg.), *Christian Democracy in the European Union [1945/1955]. Proceedings of the Leuven Colloquium 15–18 November 1995*, Leuven 1997; David HANLEY (Hg.), *Christian Democracy in Europe. A Comparative Perspective*, London 1994 (1996); Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln 1988; Hugues PORTELLI/Thomas JANSEN (Dir.), *La Démocratie chrétienne. Force internationale*, Nanterre 1986; Hans-Joachim VEEN (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bde. 1–2, Paderborn 1983; Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne. XIX^e–XX^e siècles*, Paris 1980; Ronald E.M. IRVING, *The Christian Democratic Parties of Western Europe*, London 1979; Michael P. FOGARTY, *Christian Democracy in Western Europe 1820–1953*, London 1957.

teingruppierung verstand sich zunächst einmal als ein Sammelbecken, das Menschen gleicher Gesinnung vereinen, in ihrer Einstellung festigen und möglichst auf die Verfolgung gemeinsamer ideeller und politischer Linien verpflichten wollte. Die Teilnehmer aus verschiedenen Herkunftsländern wollten in der Politik eine neue, gemeinsam getragene Idee verwirklichen: *E pluribus unum*.

Der Föderalismus lag damit an den Wurzeln der NEI. Der Begriff ist an sich vielschichtig.² Er soll hier zunächst aufgegriffen werden, wo er in den Verlautbarungen der NEI Verwendung fand, zugleich aber in größere begriffliche Zusammenhänge eingeordnet werden. Blickt man auf die Diskussionen der NEI, so lässt sich der Begriff des Föderalismus erstens mit den damals kursierenden Vorstellungen von europäischer Kultur und Zivilisation in Verbindung bringen. Zweitens bezog sich der Begriff direkt auf die Planungen und Vorschläge, in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Versuchungen einer kaum verflossenen totalitären Vergangenheit eine Einheit Europas auf christlich-kultureller Grundlage zu finden. Drittens waren die NEI selbst das Ergebnis eines praktizierten Föderalismus; das bedeutet, das Phänomen des Föderalismus ist auch auf der Ebene der Struktur und Organisation der NEI anzutreffen.

I. Föderalismus – Kultur – Zivilisation

Der Dichter und Dramatiker Thomas Stearns Eliot stellte den NEI 1951 die Aufgabe, sich langfristig für ein noch entfernt liegendes Ziel einzusetzen, statt, wie handelnde Politiker, sich nur den unmittelbar bevorstehenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu widmen. Dabei ging es ihm nicht um die neue Erfindung von Werten, sondern vielmehr darum, sich die tragenden eigenen Lebensgrundlagen zu vergegenwärtigen, sich wieder bewusst zu machen, näherhin, sich Rechenschaft zu geben über die gemeinsame Kultur und ihre Grundlagen, gleichsam den Boden zu kultivieren, aus dem die politischen Ideen der Zukunft würden wachsen müssen: „How to conserve and nourish the spiritual life of Europe, how to cultivate in each region and amongst those of each race and language, the sense and the vocation to each other. So that the glory of each people should be measured, not in material power and wealth, but by its contribution to the spiritual well-being of all the others.“³

2 Heinrich OBERREUTER, *Föderalismus*, in: Görres-Gesellschaft (Hg.), *Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft*, Bd. 2, 7. Aufl., Freiburg 1986, Sp. 632–638; Ernst DEUERLEIN, *Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips*, München 1972.

3 T.S. Eliot an A.E. De Schryver, 11.9.1951. Grußbotschaft an den NEI-Kongress, Bad Ems 14.–16.9.1951, in: Michael GEHLER/Wolfram KAISER (Hg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965*, München 2004, S. 289. Thomas Stearns Eliot (1888–1965), aus St. Louis/USA, anglo-amerikanischer

Auf dem NEI-Kongress von 1950 in Sorrent hat der Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Felix Hurdes⁴, den Gedanken tiefer ausgeführt, dass eine wirkliche Kultur nur entstehen könne aus der „freien Entfaltung der eigenen Nation“, allerdings als eines „Gliedes der europäischen, christlich geprägten Gemeinschaft“. Wenn die eigene Nation den Schutz der Selbstentfaltung in Anspruch nehme, gestehe sie der Schwesternation gern das Gleiche zu. Vor allem die „Kinder einer und derselben Geistesfamilie“ würden sich so gegenseitige Wertschätzung gewähren, sich in ihren Verschiedenheiten ergänzen und voneinander lernen. „Wir wissen, dass erst im organischen geistigen Zusammenklang der europäischen Nationen die Schönheit und Größe der ganzen Familie sich entfaltet.“⁵

Mit diesen Gedanken vertrug sich sehr wohl das Bekenntnis zur „abendländischen Universalität“, das Kai-Uwe von Hassel, der spätere deutsche Verteidigungsminister, für die Rede Heinrich von Brentanos (1955–1961 deutscher Außenminister) auf der NEI-Tagung in Bad Ems 1951 formulierte.⁶ Hassel, Brentano, der Schweizer Bundesrat Karl Wick und der NEI-Vizepräsident (1947–1949) Désiré Lamalle (PSC), sahen in den früheren Bestrebungen nach Hegemonie und „zentraler Beherrschung“, die z. B. von König Ludwig XIV. und Otto von Bismarck ausgegangen seien, negative Vorbilder für eine europäische Einigung; diese müsse vielmehr heute auf der Ebene der Gleichberechtigung erstrebt werden.⁷ 1948 forderte der Politische Ausschuss des NEI-Kongresses in Den Haag von den europäischen Staaten, in ihren gegenwärtigen Beziehungen den Nationalismus zu überwinden und eine „Föderation oder Konföderation“ zu bilden. Die Gleichheit unter den europäischen

Dichter, Literaturkritiker und Herausgeber anglikanischer Konfession (seit 1927), auf der Suche nach einer christlichen Lösung des Problems der menschlichen Existenz; am bekanntesten sind seine Dichtungen „The Waste Land“ (1922), „Four Quartets“ (1943).

- 4 Felix Hurdes (1901–1974), Jurist, 1936–1938 Landesrat von Kärnten, 1938/39 und 1944/45 KZ-Haft in Dachau und Mauthausen, 1945 Mitgründer und 1945–1951 Generalsekretär der ÖVP, 1945–1966 Abgeordneter im Nationalrat, 1945–1952 Bundesminister für Unterricht, 1953–1959 Präsident des Nationalrats.
- 5 Ansprache von Hurdes, Sorrent 12.–14.4.1950, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 228f.
- 6 *Die Integration Europas*. Entwurf für einen Vortrag von Heinrich von Brentano, September 1951, EBD. S. 284–288. Vgl. für die Biographien der deutschen Teilnehmer: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.
- 7 Karl WICK, *Die deutsche Frage*. Exposé für den NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 108; Désiré LAMALLE, *Der wirtschaftliche Aspekt des deutschen Problems*. NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 112–116. Dr. Karl Wick (1891–1969), seit 1917 Journalist, 1954 Chefredakteur des katholisch-konservativen „Vaterland“, 1927–1931 und 1935–1951 Mitglied des Großen Rats von Luzern, 1934–1950 Präsident der christlich-sozialen Partei des Kantons Luzern, 1931–1963 Mitglied des Schweizer Nationalrats. Josef WIDMER, *Historisches Lexikon der Schweiz*, Bern 1998–2006, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6755.php>.

Nationen, insbesondere die „fundamentale Sicherheit“ der kleineren Nationen, sollte etwa durch die Einführung eines Zweikammersystems gewährleistet werden.⁸ Diese Bekundungen trugen keineswegs nur deklamatorischen Charakter. Obwohl der Belgier Lamalle fürchtete, Deutschland könne die ihm zu gewährenden wirtschaftlichen Vorteile missbrauchen, wollte er dieses Risiko doch eingehen, um eine „*fédération de l'Occident*“ zu schaffen, die nun, nach dem Zweiten Weltkrieg, den natürlichen Interessen ihrer Teilnehmer und auch Deutschlands entspreche.⁹

Aber genügten die natürlichen Interessen, um jene Einheit zu stiften, die eine föderale Vielfalt zusammenhalten sollte? Die Frage nach dem inneren Zusammenhalt Europas, nach einer gemeinsamen „Eigenart der europäischen Kultur“, die die „*balkanisation égoïste*“ überwinden sollte¹⁰, bewegte die Redner auf den NEI-Kongressen. Der Hinweis auf die Entwicklungen der modernen Technik und Wirtschaft, als einer Grundlage für Gemeinsamkeit, genügte z.B. Felix Hurdus nicht. Der Rückgriff auf historische Muster und Exempel lag hier nahe. So beschwor der Schweizer Wick ein „gemeineuropäisches Bewusstsein“, das Karl der Große grundgelegt habe, die karolingische Kultur; erst nach deren Untergang habe sich ein Bewusstsein der „*völkischen Verschiedenheiten*“ entwickelt.¹¹ Die geographische Grundlage dieser früheren gemeinsamen Kultur lag für Wick in dem Gebiet zwischen Loire und Rhein. Aus den kulturell-geschichtlichen Begegnungen dieses großen Kontaktraumes hätte sich eigentlich eher eine Erbfreundschaft als die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland ergeben müssen. Doch war die kulturelle Einheit Europas, wie Eliot argumentierte, weder durch die Rückkehr zu einer vor dem Entstehen der Nationen liegenden „*phase of society*“ noch durch die Restauration des Heiligen Römischen Reiches zu gewinnen und ließ sich eine neue Einheit auch nicht durch den vollständigen Bruch mit der Vergangenheit und Gegenwart herbeiführen.¹² Ein wie immer geartetes historisches Bewusstsein war demnach für den europäischen Föderalismus unentbehrlich. Allerdings konnte nach Eliot auch nicht die einfache Übernahme vergangener staatlicher Konstruktionen weiterhelfen.

Eine Fundierung von Gemeinsamkeit ließ sich aus den jüngsten Umbrüchen der Zeitgeschichte gewinnen. Im Einklang mit vielen anderen Zeitbeobachtern erkannte der Vertreter der 1945 unter neuem Namen antretenden Rechtspartei

8 Entschließung des Politischen Ausschusses, NEI-Kongress, Den Haag 17.–19.9.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 138–140, hier Punkt 5, S. 139f.

9 LAMALLE (wie Anm. 7), S. 115.

10 Entschließung (wie Anm. 8); E.M.J.A. Sassen (Abgeordneter der Katholieke Volkspartij der Niederlande) auf dem *Convenium christlicher Politiker Europas*, Luzern 27.2.–2.3.1947, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 88–92, hier S. 91.

11 WICK (wie Anm. 7), S. 108.

12 Vgl. Anm. 3.

Luxemburgs, nunmehr der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs, Pierre Frieden, im Verlust der christlichen Moral eine wichtige Ursache für das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland. Mit dem Untergang des NS-Regimes und der Umerziehung des deutschen Volkes war für ihn aber dieses Defizit nicht behoben: Vielmehr beunruhigte ihn die Frage, ob es Europa, nachdem sich Deutschland von der biologistischen und positivistischen Weltanschauung befreit habe, in Zukunft gelingen werde, die kollektivistische Lebensauffassung, die „conception collectiviste“, zu überwinden und stattdessen eine „conception morale et chrétienne“ sich zu eigen zu machen. Ein gewisses Vorbild schien ihm der Begriff der französischen Zivilisation zu bieten, die Maß und Ziel kenne, während die Deutschen einen Sonderweg beschritten hätten: „L'Allemand insiste sur la particularité allemande de sa culture.“¹³ Friedens eigene Partei wurde 1944/45 von den Gedankengängen des Philosophen Jacques Maritain beeinflusst. Dieser hatte im amerikanischen Exil dazu aufgerufen, das Christentum nicht nur als Hoffnung für das Jenseits aufzufassen, sondern es auch als Ferment des sozialen und politischen Lebens der Völker und als Träger der zeitlichen Hoffnungen („espoir temporel“) des Menschen, darüber hinaus als tätige Energie der Geschichte zu verstehen.¹⁴

Die Jungkonservativen und Jungchristlichsozialen der Schweiz zeigten sich am ehesten gewillt, die Aufrechnungen der jüngsten Vergangenheit beiseitezulassen. Sie kritisierten 1948 die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die Mitglieder der französischen, aber auch der belgischen christlich-demokratischen Parteien bekundet hätten. Darüber hinaus bekämpften sie überhaupt die in großen Ländern wie Frankreich und Belgien anzutreffende Anfälligkeit für die „Massenideologie“, zurückzuführen auf deren „machtpolitischen Zentralismus“ und „aufgeblähte Bürokratie“, ja sogar auch auf die dort herrschende repräsentative Demokratie.¹⁵ Sie konstatierten hier einen „Hang zur massenpsychologischen Programmatik mit dem Hauptakzent auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen einer nicht näher definierten

13 Pierre FRIEDEN, *Der spirituelle und kulturelle Aspekt des deutschen Problems*. NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 109–112. Pierre Frieden (1892–1959), 1919 nach Philosophiestudium Gymnasiallehrer, 1942 im KZ Hinzert, 1944 Minister für Erziehung, Kultur und Wissenschaften in Luxemburg, 1951 zusätzlich Innenminister, 1958/59 Ministerpräsident von Luxemburg.

14 So Jacques MARITAIN in seinem 1942 erschienenen Werk *Christianisme et Démocratie*. Vgl. Emile SCHAUS, *Ursprung und Leistung einer Partei. Rechtspartei und Christlich-Soziale Volkspartei 1914–1974*, Luxemburg 1974, S. 168f.; Schaus nennt als Quellen für Friedens Denken den Philosophen Henri Bergson, den Schriftsteller Charles Péguy und den Klassiker der katholischen Publizistik in Frankreich, Robert Felicité de Lamennais.

15 Dieses und die folgenden Zitate aus dem Presseartikel: *Der Kongress der N.E.I. in Rom und Fiuggi*, in: „Stimme der Jungen. Organ der Jungkonservativen und der Jungchristlichsozialen“ [der Schweiz], 29.9.1948, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 142–145, 143f.

politischen Freiheit“. Dem setzten sie ihre „Forderungen des Föderalismus und der Autonomie“ entgegen. Diese Schlagworte erfuhren Konkretisierung in einer bestimmten Methode der Politik: Die Schweizer bekannten sich dazu, die Probleme konkret anzugehen und so zu lösen. Sie empfahlen, diese Vorgehensweise schon auf den unteren Ebenen, von den unteren Funktionären der christlich-demokratischen Parteien, praktizieren zu lassen. Die christlich-demokratischen Parteien sollten dadurch aber nicht dem Pragmatismus ausgeliefert werden, sondern für „eine eigenständige sittlich politische Ordnung nach den Prinzipien des Naturrechts und der christlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung“ eintreten.

Diese Ordnung ließ sich auf demokratische Weise aber nur über die Entscheidung der einzelnen Menschen vertreten. So war es konsequent, wenn der Jugendvertreter Rudolf Lewandowski 1948 forderte, gegenüber der drohenden Vermassung, gegenüber der Vereinnahmung durch den Staat oder durch bestimmte Gruppen oder Parteien, am Wert und an der Würde der Einzelperson festzuhalten: „ce sont les libertés de la personnalité humaine, dans le cadre organique (comme la famille), le respect de la dignité humaine, et certains droits de l'homme toujours valables qui ont formé l'occident.“¹⁶ Die Leugnung dieser Prinzipien trage zur endgültigen Zerstörung der trotz des Krieges und des übersteigerten Nationalismus noch existierenden europäischen Ideen bei. Dieser Personalismus hielt durchaus Abstand von einem realitätsfernen Idealismus. So bezog der ehemalige belgische Ministerpräsident Paul Van Zeeland 1947 durchaus die Unberechenbarkeit der menschlichen Person und der von dieser gestalteten Kulturbeziehungen in sein politisches Weltbild ein.¹⁷ Er sah das gegenwärtige Leben von tiefen Gegensätzen durchzogen: zwischen dem bloßen Friedenswillen und dem Erreichen des Friedenszustands, zwischen der Steigerung der Produktion und dem trotzdem im industrialisierten Europa herrschenden Hunger, zwischen der sozialen und der sich der Gesellschaft verweigernden Natur des Menschen, zwischen Leib und Seele. Er erklärte diese Widersprüche mit der Doppelnatur der Zugehörigkeit des Lebens zu einer materiellen und zu einer spirituellen Sphäre. Nur die christliche Zivilisation habe es vermocht, die-

16 Rudolf LEWANDOWSKI, *Il est hors de doute. Thesenpapier zur Kooperation christlich-demokratischer Jugend in Europa*, März 1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 126–129, hier S. 127; ähnlich: EntschlieÙung (wie Anm. 8), S. 140.

17 Rede Van Zeelands auf dem NEI-Kongress in Lüttich nach dem Artikel: *Le Congrès des Nouvelles Equipes Internationales*, in: „La Libre Belgique“, 4.6.1947, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 99f. Paul Van Zeeland (1893–1973), 1935–1937 belgischer Ministerpräsident, als Mitglied der belgischen Exilregierung in London plante er eine westeuropäische Wirtschaftsunion (Benelux), 1949–1954 belgischer Außenminister. Vgl. Emmanuel GERARDS/Paul WYNANTS (Hg.), *Histoire du Mouvement ouvrier chrétien en Belgique*, Bde. 1–2, Leuven 1994; Wilfried DEWACHTER u. a. (Hg.), *Un parti dans l'histoire 1945–1995. 50 ans d'action du Parti Social Chrétien*, Louvain-la-Neuve 1996.

se einander widerstreitenden Tendenzen auszugleichen und den Frieden der Völker bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu bewahren.

Für die NEI und ihre Sympathisanten stellte der Föderalismus also ein kulturelles Phänomen dar, gleichsam ein Synonym für die Solidarität der Völker, die im Sinne einer gegenseitigen Ergänzung Eigenständigkeit für sich verlangten und diese den Schwesternationen zubilligten. Es entsprach einem föderalistischen Subsidiaritätsbegriff, für die Einzelperson und ihre konkreten Handlungsansätze und Rechte Schutz vor kollektivistischen Mächten zu verlangen. Man wollte keine Restauration historisch überlebter Vorbilder, aber übte aus dem Bewusstsein alteuropäischer Verbundenheit Kritik an jüngsten zeitgeschichtlichen Entwicklungen, so an der nihilistischen oder materialistisch-biologistischen Weltanschauung, die nicht nur als eine von Deutschland ausgehende Gefahr angesehen wurde. Die Solidarität sollte allerdings über die Zusammenarbeit der Nationen hinausreichen, auch alle Klassen und Schichten umfassen.¹⁸ Die Würde und das Recht der menschlichen Person als des Trägers sittlicher Entscheidungen verlangten nach Anerkennung. Aber man blieb sich des Zwiespalts der menschlichen Natur bewusst. Van Zeeland glaubte, in der Geschichte Europas das Beispiel dafür zu finden, dass die unheilvollen Wirkungen, die sich aus der Doppelnatur des Menschen ergaben, durch die christliche Lehre hatten neutralisiert werden können.

II. „*Fédération européenne*“

Die NEI wollten den Föderalismus konkret in der Gestalt des zukünftigen vereinigten Europa verwirklicht sehen. Ihre programmatischen Überlegungen hatten indes die politischen Realitäten einer noch in mehrfacher Hinsicht ungeklärten Situation zu berücksichtigen. 1945 war zwar die Vorherrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands über Europa beendet, aber Europa war stattdessen praktisch seiner Einheit beraubt und am Eisernen Vorhang geteilt.

Die Besinnung auf die christliche Zivilisation Europas entsprang geistigen Quellen, einem Bekenntnis zu ideellen Mächten, speiste sich aber zusätzlich aus der Vorstellung der Bedrohung durch die kollektivistischen Mächte, speziell durch den Kommunismus. Hendrik Heyman, Parlamentarier der Christelijke Volkspartij Belgiens, sah noch Anfang 1950 Europa vor die Wahl gestellt, sich gemäß den Ideen des NEI oder des Kommunismus zu entwickeln.¹⁹

Die Drehscheibe der sich abzeichnenden Konfrontation bildete das Kerngebiet des alten mitteleuropäischen Raums, das nunmehr in vier Zonen geteilte

¹⁸ Entschließung (wie Anm. 8), S. 140; vgl. LEWANDOWSKI (wie Anm. 16), S. 126–129.

¹⁹ Parlamentarische Kommission in Paris, 25.3.1950, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 224.

Deutschland. Prominente Mitglieder der NEI gaben ihren zwiespältigen Gefühlen und ihrem Misstrauen gegenüber Deutschland Ausdruck. Der Niederländer Serrarens sah im ostelbischen Raum den Nährboden des Absolutismus.²⁰ Hier habe sich von Martin Luthers Manifesten gegen die aufrührerischen Bauern über König Friedrich II. von Preußen bis hin zu Otto von Bismarck und Adolf Hitler die preußische Untertanenmentalität entwickelt. Als Exponent des militaristischen preußischen Staates habe Bismarck den Kulturkampf geführt und damit in Deutschland den Weg zur Demokratie, zum Regionalismus und Föderalismus versperrt. Schon Luther habe der Einheit Europas den tödlichen Stoß versetzt, mit seiner Reformation Deutschland und Europa in zwei Teile gespalten und so durch den konfessionellen Gegensatz den Zwiespalt zwischen dem Osten und dem Westen vertieft, der bereits unter Karl dem Großen sichtbar geworden sei.

Eine besondere Leistung der NEI bestand darin, dass sie in diesem abwertenden, allzu pauschalen Urteil über Deutschland nicht stecken blieben. „Le problème de l’Europe centrale est le problème central de l’Europe“²¹: Darum konnte das Problem Mitteleuropas oder Deutschlands nicht mit negativen Methoden gelöst werden. Der Belgier Lamalle wollte Deutschland den Weg nach Europa weit öffnen, um es davon abzuhalten, erneut sein Heil in der politischen Zentralisation und im „Mythos des Krieges“ zu suchen. Auch die Bedrohung aus dem Osten ließ den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, möglichst aus eigener Kraft, als notwendig erscheinen. Statt eine Orientierung nach dem Osten vorzunehmen, so schlug Lamalle vor, solle sich die ganze deutsche Nation auf ihre Gebiete diesseits des Limes, die vom Rheinland bis hin zum Süden reichten, auf ihre „terres de liberté et de civilisation“, stützen und sich auf dieser Basis nach Westen ausrichten. Ein neues Deutschland, mit christlicher Seele und europäischem Geist ausgestattet, solle zur Rekonstruktion Europas beitragen und Partner einer „fédération d’Occident“ werden.²² Ganz betont wandte sich die Jugendorganisation der NEI der Zukunft zu. Sie lehnte es ab, wie die Franzosen nach 1918 nun wieder über die Schuld Deutschlands nachzudenken: „Nous ne sommes pas des historiens mais des constructeurs.“ Aus den Ruinen Europas sei ein neues Europa zu bauen, das der neuen Wirk-

20 Petrus Josephus S. SERRARENS, *Der politische Aspekt des deutschen Problems*. NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 116f. P.J.S. Serrarens (1888–1963), 1920–1952 Generalsekretär des Internationalen Verbands Christlicher Gewerkschaften, 1937–1952 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Niederlande (Katholieke Volkspartij), 1949–1953 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats.

21 EBD. S. 116.

22 LAMALLE (wie Anm. 7). Désiré Lamalle (1915–1996), 1961–1965 Gouverneur der Provinz Luxemburg, vertrat als Wallone für Belgien einen gemäßigten Föderalismus.

lichkeit entspreche. „L'ère des nations est finie en Europe – voici venir celle des fédérations.“²³

Das Angebot, an einem föderalistischen System des Westens teilzunehmen, haben die Vertreter der deutschen Unionsparteien, zumal ihre Grundüberzeugungen mit denen der anderen christlichen Demokraten Europas übereinstimmen, mit realistischem Augenmaß angenommen. Auf der NEI-Tagung in Luxemburg 1948 wurden die deutschen Vertreter sehr freundlich aufgenommen, während Deutschland sonst eher ein frostiges und reserviertes Klima entgegenschlug. Hier warb der junge Rainer Barzel (CDU) darum, eine „europäische Konföderation“ vorzubereiten und Deutschland „einen bescheidenen Platz in der europäischen Völkerfamilie“ einzuräumen.²⁴ Konrad Adenauer, damals der Vorsitzende der CDU der britischen Zone, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, ein ehemaliger Diplomat des kaiserlichen Deutschlands sowie der Weimarer Republik, und eine Entschließung der NEI von 1948 sprachen sich dafür aus, dass ein von der Verfassung zu schaffender deutscher Föderalismus ein integrierender Bestandteil des europäischen Föderalismus werden solle. „Ein föderativ strukturiertes Deutschland soll die Schaffung eines föderativen Europa begünstigen, welches im Rahmen der Vereinten Nationen sich aus freien und demokratischen Staaten zusammensetzt.“²⁵ Adenauer unterstrich Ende 1948, dass die europäische Föderation das einzige Mittel sei, um das deutsche Problem zu lösen: „En englobant l'Allemagne dans un tout qui l'associe pacifiquement à une coopération internationale et en même temps l'immunise contre ses tentations traditionnelles.“²⁶

Adenauer bejahte also den von den NEI-Kollegen angemahnten Revisionskurs für Deutschland. Auch hatten sich gemäß seiner schon 1945 geäußerten Überzeugung der Westen und der Osten Deutschlands politisch und wirtschaftlich grundlegend auseinanderentwickelt; der Westen und der Osten gehörten bereits verschiedenen Welten an.²⁷ Doch Adenauer erkannte und ergriff auch die Chance für die Stabilisierung, für die Rehabilitierung, ja für den Aufstieg desjenigen Teiles Deutschlands, dem noch eine gewisse Selbstbestimmung vergönnt war. Nach der Londoner Sechsmächtekonferenz²⁸ trat er im Genfer Kreis dafür ein, den deutschen Ministerpräsidenten mehr wirtschaftliche und

23 NEI-Sekretariat, Psychologischer Bericht für das französisch-deutsche Treffen im Rahmen der NEI-Jugendorganisation (Begrüßungsansprache), März 1950, EBD. S. 220–225.

24 Rainer BARZEL, *Deutschland – ein europäisches Problem*, in: „Rhein-Ruhr-Zeitung“, 16.2.1948, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 125f.

25 Entschließung des NEI-Kongresses, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 122; Adenauer und Prittwitz im Genfer Kreis, 29.6.1948, EBD. S. 134f.

26 Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 149.

27 Adenauer an Heinrich Weitz, 31.10.1945, in: Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 465f.

28 23.2.–5.3. und 20.4.–1.6.1948.

politische Kompetenzen zu übertragen. Vorher schon hatte er dafür plädiert, den drei Westzonen „eine geordnete politische und wirtschaftliche Stellung“ zu verschaffen und zugleich schrittweise die „Gründung einer europäischen Konföderation“ vorzunehmen, um einer sich eventuell Russland zuwendenden „nationalen Bewegung“ in Deutschland zuvorzukommen.²⁹ Die Londoner Empfehlungen zum Aufbau eines westdeutschen Staates griff er sofort auf und wies im Genfer Kreis auf den Entschluss der CDU der Britischen Zone hin, eine aus Delegierten der Landtage zusammengesetzte vorbereitende Versammlung möge den Vorentwurf einer Verfassung ausarbeiten.³⁰ Der innere Staatsaufbau sollte nach seiner Meinung von geeigneten außenpolitischen Schritten begleitet werden: Vor allem waren intensive und umfassende Wirtschaftsbeziehungen zu den Benelux-Ländern und besonders zu Frankreich aufzunehmen.³¹

Allerdings erhielt in den Augen Adenauers und seiner politischen Freunde das Verhältnis zu Frankreich eine weit über die wirtschaftliche Seite hinausgehende Bedeutung. Der erste Bundesminister der Finanzen, Fritz Schäffer, der erste Vorsitzende der CDU Deutschlands in Berlin (bis 1947), Jakob Kaiser, sowie Adenauers Berater Heinrich von Brentano und Herbert Blankenhorn bekannten sich mehrfach zur deutsch-französischen Aussöhnung, bilde diese doch das Herzstück einer europäischen Föderation zur Überwindung des Nationalismus, das unverzichtbare Zentralelement der unteilbaren Sicherheit Europas.³² Die „réconciliation“ mit Frankreich werde von der zu 90 % europäisch gesinnten westdeutschen Bevölkerung begrüßt. Eine ihr dienende deutsche Politik werde auch durch den Hinzutritt der ostdeutschen Bevölkerung, die wisse, dass sie unter dem Kommunismus und Nationalismus genug gelitten habe, nicht gefährdet werden können. Bereits vor seinem Regierungsantritt brachte Adenauer zwecks Realisierung der „idée européenne démocratique“ eine europäische Armee mit einem deutschen Kontingent ins Gespräch, weil die Alternativen, die Bildung einer selbständigen deutschen Armee, die in Frankreich Misstrauen hervorrufen konnte, oder die Eingliederung deutscher Formationen in die US-Armee, nicht gangbar seien.³³ Im ersten Halbjahr seiner Kanzlerschaft regte Adenauer gegenüber dem US-Journalisten Joseph Kingsbury-Smith an, ein einheitliches Parlament für eine deutsch-französische Union zu schaffen. Er ersetzte dann diesen von ihm selbst utopisch genannten Vorschlag durch die in ähnliche Richtung weisende Anregung, mittels wirtschaftlicher

29 Genfer Kreis, 21.10.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 147f.

30 Genfer Kreis, 29.6.1948, EBD. S. 135f.

31 Ansprache auf dem NEI-Kongress in Luxemburg, 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 120.

32 Genfer Kreis, 21.11.1949, EBD. S. 196–199, 201; Genfer Kreis, 13.2.1950, EBD. S. 214 (Herbert Blankenhorn).

33 Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 150.

Abreden zwischen Deutschland und Frankreich einen Konkurrenzkampf auf den Märkten und Industriesektoren für Kohle, Stahl und Chemie zu vermeiden und so zu einer „entente mutuelle“ zu gelangen.³⁴ Alle diese Überlegungen dienten auch dem Zweck, eine konstruktive Antwort auf unterschwellige nationalistische Tendenzen zu geben. Sie suchten das deutsche Streben nach Einheit aufzufangen und neu zu definieren, während die deutschen Sozialdemokraten, wie Adenauer ausführte, einfach die Einheit der Nation propagieren und die christlichen Demokraten des Verrats an dieser Idee bezichtigten würden.³⁵

Adenauer und Bruno Dörpinghaus, ein sehr beredter deutscher Repräsentant im Kreise der NEI, favorisierten auch den Beitritt Englands zu einem föderalistischen Europa. Dörpinghaus sprach sich dafür aus, die „conscience indéniable de solidarité européenne“ bei den Engländern zu wecken³⁶, während Adenauer schlicht konstatierte: „Ohne England kein Europa.“³⁷ Demgegenüber blieben mehreren nicht-deutschen Vertretern der NEI die Verpflichtungen Englands gegenüber dem Commonwealth deutlicher bewusst.³⁸ Adenauer zeigte sich allerdings beunruhigt, weil England von der Labour-Partei regiert wurde. In Zusammenhängen denkend, befürchtete er Ende 1948, dass ein von Labour beherrschtes England zusammen mit einem sozialistisch regierten Westdeutschland den Sieg über die christlich-demokratischen Kräfte in Europa davontragen könne.³⁹ Adenauers parteipolitische Mitarbeit in den NEI und sein Interesse an einem stabilisierten, aufsteigenden, Europa zugewandten Westdeutschland bildeten gleichsam kommunizierende Röhren. Die deutschen Diskussionsbeiträge in den NEI ließen es als unabweisbar erscheinen, Westdeutschland zu kräftigen, ja ihm eine tragende Rolle in einem freiheitlichen, gesicherten Europa einzuräumen. Westdeutschland sollte aber keinen „Etat définitif“ erhalten, und ein vereinigtes Deutschland sollte ins Auge gefasst werden, um die nationalistische Propaganda der UdSSR und der kommunistischen Parteien ins Leere laufen zu lassen.⁴⁰

In den Diskussionen der NEI zeichnete sich auch das Bestreben ab, Österreich in ein – nach dem Vorbild der Benelux-Staaten – föderalistisch organi-

34 Victor Koutzine an Georges Bidault, 22.3.1950, EBD. S. 223.

35 Adenauer im Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 149.

36 Genfer Kreis, 21.11.1949, EBD. S. 204.

37 NEI-Kongress in Luxemburg, 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 120.

38 Robert Houben im Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 149. Dr. Robert Houben (1905–1992), 1947–1952 Nationalsekretär, 1966–1972 Vorsitzender Christelijke Volkspartij (CVP), 1958 belgischer Gesundheitsminister, 1969 Staatsminister; bedeutender und aktiver Vertreter Belgiens in der christlich-demokratischen Internationale. nl.wikipedia.org/wiki/Houben.

39 Wie Anm. 35.

40 Genfer Kreis, 8.3.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 168.

siertes „Mitteleuropa“ einzubeziehen, das seinerseits eine Vorstufe für „Gesamteuropa“ bilden sollte. Der Präsident des MRP, Georges Bidault, betrachtete, nachdem seine Verhandlungen (als Außenminister) mit Russland enttäuschend verlaufen waren, Österreich als den „Vorposten der europäischen Freiheit“.⁴¹ Zuweilen wurde der frühere Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn als eine Art historischer Vorläufer eines geeinten Europa bezeichnet. Adenauer stellte die zeitgemäßere, zugleich tiefer in die Geschichte blickende Erwägung an, dass der österreichische Vielvölkerstaat den Balkan, der immerhin dem Osmanischen Reich unterworfen gewesen war, nach Westen hin geöffnet habe. Das Problem Österreich wurde sogar einer noch weiter gehenden Perspektive eingeordnet, die die Botschaft der NEI für 1949 aussprach: dass alle europäischen Staaten zu Europa gehörten, auch jene eigentlich „freien Völker“, denen die Mitwirkung am Aufbau einer europäischen Föderation infolge der Eingliederung ins Sowjetimperium noch versagt war.⁴²

Trotz dieser historischen Anspielungen stellte der Bund europäischer Staaten, wie er nun nach dem Zweiten Weltkrieg von den NEI erstrebt wurde, ein neues Modell dar. Welchen Platz sollte er in der gegenwärtigen und zukünftigen Weltordnung einnehmen und wie konnte er eine seine Existenz sichernde Stärke gewinnen? Eine erste, allerdings zu umfassende Antwort gab die Botschaft der NEI für 1949. Sie dachte den Gedanken des Föderalismus folgerichtig zu Ende, wandte ihn sozusagen im Weltmaßstab an: „Der europäische Föderalismus schließt keineswegs andere politische oder wirtschaftliche Verbindungen aus. Er stellt einfach eine der Grundlagen einer reorganisierten Weltordnung dar, die friedlichen Grundsätzen folgt und nach föderativen Gedankengängen geformt ist.“⁴³ Auf welche reale Machtbasis sollte sich aber ein solches, auf ideale Weise in eine föderative Weltordnung eingegliedertes Europa stützen? Vereinfachend lassen die Diskussionsbeiträge sich zwei Konzeptionen zuordnen.

- 1) Josef Müller, der Vorsitzende der CSU Bayerns, setzte auf die eigene Stärke einer auf ihre Wirtschaft und auf ihren früheren Kolonialbesitz gestützten „europäischen, föderativen Einheit“⁴⁴. Auf diesen Grundlagen könne Europa sogar „ein entscheidender Faktor für Krieg oder Frieden werden. Eine europäische Föderation, gestützt auf den Kolonialbesitz und dessen Absatzbasis, hat genügend Wirtschaftskraft, um den Zusammenstoß der Blöcke zu verhindern.“ Die Vorstellung einer sogleich gemeinsam mit Frankreich aufzubauenden dritten Kraft Europa vertrat auch der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands (1947–1953), Bruno

41 Genfer Kreis, 21.10.1948, EBD. S. 148.

42 Botschaft der NEI für 1949, Punkte 3 und 5, EBD. S. 156.

43 Botschaft der NEI für 1949, Punkt 6, EBD. S. 157.

44 Rede zur Gründung der NEI-Equipe des Saarlandes, Saarbrücken 6.3.1949, EBD. S. 158f.

Dörpinghaus.⁴⁵ Ein wirtschaftlich entwickeltes Europa solle die Balance zwischen den beiden Kolossen, den USA und der UdSSR, halten. Entsprechend vertrat Müller für Deutschland zeitweise die Theorie, eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Er regte an, eventuell eine dauernde Verbindung in Form eines gemeinsamen Arbeitsbüros zwischen der konstituierenden Versammlung Westdeutschlands und der Regierung Ostdeutschlands zu schaffen.⁴⁶ Diese Konzeption litt an einer gewissen Selbstüberschätzung. Westeuropa bedurfte damals der wirtschaftlichen Hilfe. Es war weithin zerstört, auch von den östlichen Gebieten seiner Agrarproduktion abgeschnitten. Der Kolonialismus hatte sich überlebt. Es hätte sicherlich langer Zeiträume bedurft, um Europa aus seiner tristen Rekonstruktionsperiode zu einer neuen, eine Puffer- oder Riegel-Position einnehmenden Weltmachtstellung emporzuführen.

- 2) Mehrere namhafte deutsche Sprecher fanden ein positives Echo für ihre Auffassung, dass die Bewahrung des Friedens, eine zunächst zu lösende Aufgabe, nicht allein oder zuerst von der Bildung einer „Europe fédérée“ abhängen werde. Diesbezüglich sei vom europäischen Föderalismus noch nichts Entscheidendes zu erwarten, warnte der junge Geschäftsführer der CDU Württembergs, Julius Steiner.⁴⁷ Von Brentano fürchtete ein Desinteresse der USA an Europa und deren „neuen Isolationismus“, wenn die europäischen Länder nicht entschlossen zusammenträten und auf Teile ihrer Souveränität verzichten würden.⁴⁸ Die gesamten NEI bekannten sich dazu, die Marshall-Plan-Hilfe „im Geiste der aufrichtigen Zusammenarbeit“ anzunehmen und die Zollunionen zwischen den Benelux-Ländern (1948) sowie zwischen Frankreich und Italien (1949) weiter zu entwickeln.⁴⁹ Adenauer und Bidault sprachen sich im Frühjahr 1948 für eine starke Truppenpräsenz der USA in Europa aus. Bidault verlangte den unmittelbaren und sofortigen militärischen Schutz der USA, statt dass nur die spätere Befreiung eines militärisch von der Sowjetunion überrollten und zerstörten Europa geplant werde.⁵⁰ Adenauer und ebenso der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Bruno Dörpinghaus, appellierten an das Engagement der NEI zur Stärkung Europas für den Fall, dass die USA über Europa hinweg mit der Sowjetunion ein Arrangement treffen oder sich Asi-

45 Bruno DÖRPINGHAUS, *Die Genfer Sitzungen. Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 539–565, 559.

46 Genfer Kreis, 29.6.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 133.

47 EBD. S. 134.

48 Genfer Kreis, 13.2.1950, EBD. S. 213.

49 Botschaft der NEI für 1949, Punkt 1, EBD. S. 156.

50 Genfer Kreis, 8.3.1949, EBD. S. 164f.

en zuwenden würden, um dort das Vordringen des Kommunismus zu bekämpfen.⁵¹ Von der Notwendigkeit einer US-amerikanischen Unterstützung für Europa ging auch der MRP-Politiker Maurice Schumann aus, wenn er, wohl um die Preisgabe von Souveränitätsrechten Frankreichs zu umgehen oder als nicht dringlich erscheinen zu lassen, den Pessimismus seiner Vorredner über die amerikanische Politik nicht teilte.⁵² Der Gefährlichkeit früherer und gegenwärtiger Diktaturen eingedenk, versuchte Don Sturzo das Selbstbewusstsein des freien Europa zu heben. Seine Botschaft an den Kongress von Sorrent (April 1950) lautete, der freie Teil Europas sei keineswegs isoliert, sondern habe die Rückendeckung der USA, aller Staaten Nord- und Südamerikas, des britischen Commonwealth und der Mehrheit der Vereinten Nationen.⁵³

Auf die Realität einer politisch und wirtschaftlich geteilten Welt war also Rücksicht zu nehmen. Davon zeugten der Marshall-Plan und der Nordatlantik-Pakt, auch wenn Dörpinghaus meinte, das Marshall-Programm und das NATO-Bündnis könnten den Sinn der Europa-Bewegung gefährden.⁵⁴ Sein unumwunden europäisches Credo und seine Aufforderung, die NEI sollten sich an die Spitze der europäischen Einigungsbewegung stellen, waren schwer zu verwirklichen. Nach der Gründung des Europarats am 5. Mai 1949 diskutierten die NEI nicht nur über den erwünschten Machtzuwachs Europas, sondern auch über strategische Rücksichten. Dabei fand das von Dörpinghaus empfohlene frontale Vorgehen wenig Anklang. Der belgische NEI-Präsident August De Schryver befürwortete, nachdem die christlichen Demokraten als geistig geeinte Gruppe in der Versammlung des Europarats hervorgetreten waren, dort ein Zusammengehen mit den Sozialisten. Der Generalsekretär der NEI, der MRP-Vertreter Robert Bichet, pflichtete ihm bei und meinte, die Versammlung des Europarats müsse zwei Risiken meiden: eine ideologische Kristallisation der großen Tendenzen (was sich auch auf die NEI beziehen ließ) oder den Rückfall in die ausschließlich nationale Repräsentation.⁵⁵ Er fasste immerhin weiter gehende Entwicklungen ins Auge, die aber auch ihre Gefahren bargen: der Beratenden Versammlung eine konstituierende Gewalt zu geben oder etwa den Wahlmodus zur Versammlung zu ändern; dadurch riskiere man aber den Einzug der Kommunisten in die Versammlung.⁵⁶

51 EBD.; Genfer Kreis, 13.2.1950, EBD. S. 214.

52 EBD. S. 215f.

53 EBD. S. 228.

54 Genfer Kreis, 21.11.1949, EBD. S. 204.

55 EBD. S. 203. Dr. August-Edmond De Schryver (1898–1991), 1935–1960 mehrere Ministerämter in Belgien, 1945–1949 Vorsitzender der CVP/PSC, 1949–1959 Präsident der NEI. Philippe CHENAUX, *Contribution à la Démocratie chrétienne internationale*, in: DEWACHTER (wie Anm. 17), S. 327–339.

56 Wie Anm. 54, S. 205.

Da der Europarat zu einer eher unverbindlich auftretenden, internationalen Organisation wurde und keine staatsbildende Kraft entfaltete, zeichnete sich frühzeitig die spätere Entwicklung ab: die Bildung eines lockeren europäischen Wirtschafts- bzw. Staatenbundes, der auf eine transatlantische Verbindung angewiesen sein würde, um sich zwischen den beiden noch bestehenden großen Machtblöcken zu behaupten. Hatte sich für die NEI also nicht die Hoffnung erfüllt, über die Einberufung einer beratenden europäischen Versammlung „die wirtschaftliche und politische Union des freien und demokratischen Europa zu verwirklichen“, so behielt unter den Bedingungen des real existierenden Gegensatzes zwischen Ost und West das 1948 formulierte Fernziel der NEI Gültigkeit: dass „die künstliche Aufteilung Europas in antagonistische Blöcke nicht als endgültige Tatsache“ hinzunehmen sei.⁵⁷

III. Die Föderation der Equipes

Verglichen mit den Internationalen der sozialistischen Parteien haben christliche Parteigruppierungen relativ spät zu internationalen Kontakten und Organisationen zusammengefunden. Der Exilpolitiker Don Luigi Sturzo, der 1919 im Hotel Santa Chiara in Rom zur Gründung des Partito Popolare Italiano aufgerufen hatte, organisierte im Dezember 1925 ein erstes internationales Treffen christlicher Parteien in Paris.⁵⁸ Hier kamen Vertreter aus Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Polen und Litauen zusammen. 1926 wurde anlässlich einer erneuten Begegnung von Parteidelegierten aus der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Deutschland, Luxemburg und der Tschechoslowakei ein der Verbindung und Information dienendes Sekretariat in Paris geschaffen; es bestand bis 1939.⁵⁹ 1932 vereinte ein in Köln stattfindender Kongress Vertreter christlicher Parteien aus Österreich, Belgien, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, Spanien, Jugoslawien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Deutschland und Italien. Auch die Konservative Partei Großbritanniens entsandte einen Vertreter. Der Kongress warb um die Gewinnung eines fundamentalen Gutes: die Stiftung von Vertrauen unter den Völkern in-

57 Politischer Ausschuss des NEI-Kongresses, Den Haag 17.–19.9.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 139f.

58 Rudolf LEWANDOWSKI, *Der Traum von Europa. Die Christlich Demokratische Internationale. Ihr Ursprung und ihre Entwicklung*, in: EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments (Hg.), *Zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Europa*, Melle 1990. S. 65–73, 66f.

59 Guido MÜLLER, *Das „Sécrtariat International des Partis Démocratiques d’Inspiration Chrétienne“ 1925–1939 – ein vorweggenommenes Exil katholischer Demokraten in der Zwischenkriegszeit*, in: GEHLER/KAISER/WOHNOUT (wie Anm. 1), S. 559–573; Alwin HANSCHMIDT, *Eine christlich-demokratische „Internationale“ zwischen den Weltkriegen. Das Sécrtariat International des Partis Démocratiques d’Inspiration Chrétienne in Paris*, in: BECKER/MORSEY (wie Anm. 1), S. 153–188.

mitten der unübersehbaren Krise Europas; den Anfang sollte eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit machen.⁶⁰ Die 1936 in England gegründete „People and Freedom Group“ knüpfte Beziehungen zur katholischen Zeitschrift „L’Aube“ in Paris und zu Gleichgesinnten in den USA.⁶¹ Die Gruppe erhielt Zulauf von Katholiken im Exil. Diese eher zaghaft entfalteten Kontakte zwischen christlichen Parteien und Gruppen richteten sich deutlich gegen den Faschismus und Nationalsozialismus und gegen eine zunehmend als totalitär erkannte Staatsauffassung.

Trotz einer bereits vor 1914 zurückreichenden Geschichte schlug die große Stunde der Christlichen Demokratie und ihrer europäischen Vernetzung erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Politiker, die gerade selbst der Diktatur oder einem totalitären System entronnen waren, sahen sich vor eine dreifache Aufgabe gestellt: den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau voranzutreiben, durch die Einführung und Praktizierung der Demokratie lange Jahre der Unterdrückung zu überwinden sowie drittens für die Verwirklichung von Demokratie und Frieden auf einer internationalen Ebene einzutreten.⁶² Der Föderalismus gehörte zu ihrer Vorstellung von Demokratie; er bildete darüber hinaus einen wichtigen Bestandteil des eigenen Parteiverständnisses.

Nicht selbstlos, sondern mit der Absicht, Aufnahme und Anerkennung bei den neuen Freunden zu finden, beteuerte Adenauer mehrmals, die CDU sei eine föderalistische Partei; sie sei entsprechend, nur mit Ausnahme der britischen Zone,⁶³ auf der Basis der Länder organisiert. Auch erstrebe sie einen pyramidalen Aufbau der Verfassung: Politische Organe in den Ländern sollten bestimmte Aufgaben übernehmen, Organe des Bundes für allgemeinere Fragen zuständig sein. Die SPD dagegen sei ganz zentralistisch.⁶⁴ Adenauer wollte mit solch demonstrativen Hinweisen vermutlich auch föderalistische Anschauungen bei den NEI-Mitgliedern kräftigen. Er dürfte gewusst haben, dass die Zulassung zwar den deutschen Vertretern der Unionsparteien aus historischen Gründen, wegen der europäischen Vorreiterrolle des Zentrums als katholischer Partei, kaum zu versagen war, dass ein föderalistisches Programm aber auch

60 EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 128f.

61 Wolfram KAISER, *No Second Versailles. Transnational Contacts in the People and Freedom Group and the International Christian Democratic Union*, in: GEHLER/KAISER/WOHNOUT (wie Anm. 1), S. 616–641; vgl. DELUREANU (wie Anm. 1), S. 36–40; Markus HUTTNER, *Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien*, Bonn 1999, S. 36–40.

62 Mariano RUMOR, *Die gemeinsame Aktion der Christlichen Demokraten in Europa*, in: EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 87–91; Peter PULZER, *Nationalism and Internationalism in European Christian Democracy*, in: GEHLER/KAISER/WOHNOUT (wie Anm. 1), S. 60–73, 71; DELUREANU (wie Anm. 1), S. 44–52.

63 Vgl. Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik*, Düsseldorf 1988.

64 Genfer Kreis 8.3.1949, 10.6.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3) S. 168, 181f.

die Aufnahme der einzelnen nationalen Vertretungen, damit der eigenen, erleichterte. Im Frühjahr 1947 hatte der in Luzern lebende frühere Zentrums- politiker und Reichskanzler Joseph Wirth der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, die sich für die Zulassung der Deutschen stark machte, Carl Spiecker (Essen), Jakob Kaiser (Berlin), Konrad Adenauer (Köln) und Josef Müller (München) als einzuladende Ansprechpartner⁶⁵ genannt. Georges Bidault und Robert Schuman luden übrigens zuerst den bayerischen CSU-Vorsitzenden Josef Müller nach Frankreich ein „mit der uneingestanden Hoffung, einen bayerischen Separatismus fördern zu können“⁶⁶. Müller ließ sich aber darauf nicht ein.

1947 in Luzern begrüßte die gastgebende Schweizerische Konservative Volkspartei ostentativ christliche Politiker aus Belgien, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich. Sie sah in ihnen die Vertreter einer europäischen Völkerfamilie und der „großen Kulturen Europas“, mit denen die kleine Schweiz selbstverständlich und traditionell gute Beziehungen pflegte.⁶⁷ Die Schweizer Volkspartei verkörperte vielleicht am deutlichsten zwei Dimensionen des Föderalismus: zum einen die horizontale Dimension guter Nachbarschaft in Europa, die sich im Zusammenschluss der Equipes vorab spiegeln sollte; zum anderen zielte das Programm der Schweizer wohl deutlicher als die Programme verwandter Parteien darauf ab, in ihrem eigenen vielfältigen Gefüge den Pluralismus einer durch bestimmte Ideen – das Recht oder das „göttliche Sittengesetz“ – zusammenzuhaltenden Gesellschaft einzufangen oder abzubilden. Dieser soziale Föderalismus fand darin Ausdruck, dass die Schweizer Volkspartei die Lebensgemeinschaften und sozialen Gruppen, ausgehend von der Familie, zur Entfaltung bringen, schützen und stärken wollte. Sie bot unterschiedlichen sozialen Orientierungen und Kräften eine selbst zum Ausgleich tendierende Heimstatt: der ländlichen und städtischen Lebensart, der bürgerlichen und sozialen Einstellung, den Vertretungen von Kleinkantonen und großen urbanen Zentren.⁶⁸ Natürlich sollte die möglichst breite gesellschaftliche Verankerung den christlich-demokratischen Parteien den bestmöglichen Rückhalt geben, ihnen davon ausgehend politische

65 Lucerne: *The Christian-Democratic Congress*, in: „People and Freedom“ 92, März/April 1947, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 96, 84.

66 LEWANDOWSKI, *Traum* (wie Anm. 58), S. 68.

67 Josef Escher am 28.2.1947, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 87f. J. Escher (1885–1954), 1925–1931, 1936–1950 Schweizer Nationalrat, 1947–1950 Präsident der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, 1950–1954 Bundesrat, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements.

68 „Allklassenpartei“ (Urs Altermatt). Vgl. Grundsatzprogramm der Christlichen Volkspartei der Schweiz (1978), Kommentar des Journalisten Hans Tschäni. Urs ALTERMATT/Hans Peter FAGAGNINI (Hg.), *Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit*, Zürich 1979, S. 29, 314, 302.

Macht und Einfluss sichern. In diesem Sinne forderte R. Lewandowski, besonders eine verstärkte Jugendarbeit zu betreiben. Denn anders als der Faschismus und Kommunismus hätten bisher die bürgerlichen Parteien der Mitte die Jugend vernachlässigt, diese zu wenig mit ihren Idealen und Programmen bekannt gemacht. Darum schlug er vor, eine Zellen-Organisation aufzubauen, um auf diese Weise möglichst alle Schichten der Jugend, besonders die Studenten und Arbeiter, anzusprechen. Mehrere Equipes sollten die Equipe einer Stadt bilden, die Equipes der Städte sollten zur Jeunesse der NEI eines Landes zusammentreten.⁶⁹

Woraus bestanden aber überhaupt die NEI und wie war es um ihren Zusammenhalt bestellt? Robert Bichet hatte ursprünglich den Namen Equipes vorgeschlagen. Er wollte damit an die Nouvelles Equipes Françaises von 1938 (Paris) erinnern. Diese Gründung jugendlicher Aktivisten, getragen unter anderem von Georges Bidault und Francisque Gay, war zu einem Aktionszentrum geworden, das der Entwicklung der christlichen Demokratie in Frankreich starke Impulse gegeben hatte.⁷⁰ Damit war der stringente Name Partei vermieden. Aus dem Mouvement Républicain Populaire wurden auch starke Bedenken gegen die Bezeichnung „Christian Democracy“ vorgebracht. Es gelte, den „charge of clericalism“ abzuschmettern, die publikumswirksame Verdächtigung zu unterlaufen, die NEI seien konfessionalistisch und liefen auf die Bildung einer „Black International“ hinaus.⁷¹ Die Entschließung von Luzern 1947 verwandte statt des Begriffs „inspiration chrétienne“, der die Parteienfamilie historisch zutreffend bezeichnet hätte, „inspiration démocrate populaire“.⁷² Im unverbindlichen Rückbezug auf ein humanistisches Credo deutete sich sogar die Tendenz an, bezüglich programmatischer Grundaussagen zum Pluralismus oder Föderalismus unterschiedlicher Interpretationen zu gelangen. Am weitesten ging hier der MRP Frankreichs. Sein Sprecher Robert Wirth bekundete, der MRP wolle nach außen den Eindruck einer bestimmten Zugehörigkeit („appartenance déterminée“) vermeiden, denn er zähle Israeliten, Protestanten und selbst Muslime (aus dem Kolonialreich) in seinen Reihen.⁷³ Der MRP und der belgische Parti Social Chrétien verwiesen auf die Uneinheitlichkeit der wirtschaftlichen Auffassungen, wo eine dirigistische Präferenz einer liberalen gegenüberstehe.⁷⁴ Indes bot der Begriff der „christlichen Demokratie“ eine gute Grundlage, zwar weit gefächerte, aber dennoch eindeutige Prinzipien

69 LEWANDOWSKI, *Thesenpapier* (wie Anm. 16), S. 126–129.

70 DELUREANU (wie Anm. 1), S. 89, 93; Robert BICHET, *La Démocratie Chrétienne en France. Le Mouvement Républicain Populaire*, Besançon 1980, S. 27–30.

71 *Christian Democrats and Industrial Democracy*, in: „People and Freedom“ 94, Juli 1947, 95, August 1947, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 101f.

72 EBD. S. 94f.

73 Luzern, 27.2.–2.3.1947, EBD. S. 89f.

74 Exekutivausschuss Paris, 18.–19.11.1949, EBD. S. 194f.

zur Gestaltung der Innenpolitik und des äußeren Zusammenlebens der Völker zu entwickeln.⁷⁵

Die programmatischen Schwankungen wurden zudem herangezogen, um auseinandergelungene Strategien in organisatorischer Hinsicht zu unterbauen. Hier rangen im Wesentlichen zwei Vorstellungen miteinander. Adenauer und Felix Hurdes, die Vertreter Deutschlands und Österreichs, unterstützt von den Italienern und Schweizern, traten für die dezidierte Teilnahme der christlich-demokratischen Parteien der einzelnen Staaten an den NEI-Kongressen sowie für eine intensivere Zusammenarbeit, für eine straffere Gruppenbildung der christlichen Demokratie in Europa ein. Der MRP Frankreichs und der PSC Belgiens hingegen bevorzugten einen mehr unverbindlichen Austausch von Ideen, Meinungen und Informationen zwischen führenden Persönlichkeiten der Parteienfamilie bzw. nur von Repräsentanten einer „humanist or popular democracy“ französischer Interpretation (die das Wort „christlich“ mied).⁷⁶

Als Argumente dienten ihnen, dass sonst die NEI mit einer „Black International“ gleichgesetzt würden, die vor allem in England auf Unverständnis stoßen werde, und dass der Ost-West-Gegensatz vertieft werde. Zumindest im Falle Frankreichs schwang noch ein historisch motiviertes Misstrauen gegenüber Deutschland mit. 1949 beantwortete Bidault eine Frage Adenauers, ob der MRP für sich Nachteile befürchte, wenn er sich der CDU annäherte, ausweichend.⁷⁷ Adenauers Staatssekretär Otto Lenz hatte auf den NEI-Tagungen, die er besuchte, mehrfach mit französischen Vorbehalten gegenüber dem Abschluss bzw. der Ratifizierung des Europa- und des Deutschlandvertrages zu kämpfen.⁷⁸ Die Zauderer schützten allerdings, wohl nicht unberechtigt, das schwierige Konkurrenzverhältnis vor, in dem der MRP mit den Sozialisten stand. Immerhin war Deutschland schon 1948 nach dem Kongress von Luxemburg, der 45 Teilnehmer aus 18 Nationen vereint hatte, als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen worden.⁷⁹ Wenn die Satzung von 1949 schließ-

75 Vgl. NEI-Statuten vom Dezember 1949, EBD. S. 205–208; vgl. Alcide DE GASPERI, *Grundgedanken der Christlichen Demokratie*; sowie die Manifeste der 16 NEI-Kongresse 1948–1962, in: EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 130–196. Überblick über die Kongresse bei Franz HORNER, *Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Geschichte, Programmatik, Strukturen*, München 1981, S. 67; vgl. die Chronologie bei Hans August LÜCKER/Karl Josef HAHN, *Christliche Demokraten bauen Europa*, Bonn 1987, S. 71–102.

76 Wie Anm. 71 u. 72.

77 Genfer Kreis, 10.6.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 184f.

78 Genf, 24.3.1952; Genf, 16.6.1952; Genf, 3.11.1952; Genf, 2.3.1953; Baarn (Niederlande), 6.7.1953. Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, Düsseldorf 1989, S. 283f., 366, 454f., 571, 665f.

79 Heribert GISCH, *Die europäischen Christdemokraten (NEI)*, in: Wilfried LOTH (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, Bonn 1990, S. 227–236, 231.

lich vorsah, auch bedeutende Einzelpersonen könnten eine nationale Equipe bilden, so erleichterte dies es wiederum, Repräsentanten des osteuropäischen Exils sowie nationaler Minderheiten Europas (der Basken oder Katalanen) aufzunehmen und eine Brücke zu den christlich-demokratischen Regungen in Mittel- und Südamerika zu schlagen. Nachdem 1949 die Organisation der Christlichen Demokraten Amerikas ins Leben getreten war, entstand 1961/64 die Christlich Demokratische Weltunion: Das Vorbild der europäischen Erfahrungen, die christlich-sozialen Ideen, die der Ausbreitung des Kommunismus in anderen Erdteilen entgegengesetzt werden konnten, das Aufkommen weltweiter Probleme begünstigten diese Gründung.⁸⁰

Der Wert der Sondierungen und Gespräche, die auf den Kongressen der NEI stattfanden, hing oft von der nationalen Bedeutung und politischen Stellung der sie besuchenden Persönlichkeiten ab. Immerhin schufen sich die NEI ein Exekutivkomitee, zusammengesetzt aus Vertretern jeder nationalen Equipe. Es sollte sich laut Satzung (von 1949) alle drei Monate treffen und jedes Jahr sein Büro mit einem Präsidenten, vier Vizepräsidenten und einem Generalsekretär wählen. Die Reserve, die der MRP und der PSC gegenüber den NEI an den Tag legten, gedachte das Exekutivkomitee 1950 durch einen Brief an die Vorsitzenden dieser Parteien aufzuweichen.⁸¹ Eine Vertretung im Exekutivkomitee fand auch die „Section des Jeunes“. Innerhalb der NEI schien eine Einigung darüber in Sicht, dass die „Jungen“, auch um die kommunistischen Jugendorganisationen zurückzudrängen, finanziell besonders zu fördern und die Kontakte etwa mit katholischen Jugendgruppen zu stärken seien.⁸²

Die Aufforderungen zu einer engeren Zusammenarbeit konnten schon darum nicht verstummen, weil die Zusammenschlüsse der konkurrierenden politischen Parteienfamilien Fortschritte machten. 1951 auf dem NEI-Kongress in Bad Ems meinte Adenauer, die christlichen Parteien könnten es „zur Zeit weder an Kraft noch an Propagandawirkung“ mit der Kominform und der sozialistischen Internationale aufnehmen.⁸³ Im April 1947 gründeten in Oxford Vertreter aus 48 Staaten die Liberale Weltunion. Der NEI-Präsident Robert Bichet zeigte sich beunruhigt über den Einfluss der liberal-freimaurerischen Kreise auf die sich ausbreitenden Europabewegungen.⁸⁴ Sein Generalsekretär Jules Soyeur pflichtete ihm bei und verlangte, um auf das European Movement unter Duncan Sandys Einfluss zu gewinnen, müsse die Bildung einer „inter-

80 Emilio COLOMBO, *Internationale Präsenz der Christlichen Demokraten*, in: EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 74–86, 82f.; PORTELLI/JANSEN (wie Anm. 1).

81 Sorrent, 12.–13.4.1950, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 225f.

82 Exekutivausschuss, Paris, 18.–19.11.1949, EBD. S. 195. Dokumente über die Sezione giovanile NEI bei DELUREANU (wie Anm. 1), S. 251–278.

83 Exekutivausschuss, Bad Ems, 14.–15.9.1951, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 295.

84 Exekutivausschuss, Lüttich, 21.6.1948, EBD. S. 131f.

nationale des partis démocratiques et chrétiens à l'échelon européen et mondial“ vorangetrieben werden.⁸⁵ Kurz darauf beschlossen die NEI, Robert Bichet als ständigen Vertreter in das European Movement zu entsenden und Alcide De Gasperi zur Teilnahme an den Tagungen der Europakongresse zu bewegen, um so durch repräsentative Figuren aus dem eigenen Lager die Europa-Bewegung aufzuwerten.⁸⁶ Außerdem war geplant, einen Klub der NEI beim Europarat in Straßburg zu bilden, mit der im Oktober 1947 gegründeten Interparlamentarischen Union zusammenzuarbeiten und die christlich-demokratischen Teilnehmer an UNO-Tagungen vorher zur Kontaktaufnahme zusammenzuführen.

Auch wenn diese Absichten nicht wie erwünscht umgesetzt werden konnten, trugen die NEI mit ihren organisatorischen Anstrengungen, mit ihren entschlossenen Visionen und Konzeptionen, mit ihren historischen und theoretischen Argumenten für den Aufbau eines freiheitlichen, wirtschaftlich kräftigen, menschenwürdig gestalteten Europa doch zur Ausbildung eines bis heute in Grundkonturen sichtbaren drei- bis viergliedrigen politischen Spektrums bei. Über Ländergrenzen hinweg wurden neue Gliederungen und Ordnungen auf einer erstmals bestehenden, zur Globalisierung hin geöffneten, europäischen Ebene geschaffen. Den Vereinigungen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberalen traten im europäischen Maßstab die christlichen Demokraten gegenüber, die Europa als ein programmatisches Proprium entdeckten.

IV. Einige Thesen

Der Föderalismus diente maßgeblichen Vordenkern der NEI als Modell, um der Vision eines friedlichen, fruchtbaren, kulturell eigenständigen Zusammenlebens der europäischen Völker nach der Selbsterfleischung zweier Weltkriege Gestalt zu verleihen. Voraussetzung war die gegenseitige Anerkennung, die sich die Staaten und Völker aufgrund ihrer geschichtlichen und geistigen Verwandtschaft und einer aus christlicher Tradition herrührenden Vorstellung von Zivilisation und Personalität gewährten.

Den NEI schwebte im Prinzip ein gleichberechtigter Bund freier Völker vor; dieses Bestreben verstanden sie als Abwendung von überlebten Hegemonialstrukturen bestimmter Phasen der europäischen Geschichte. Diese Konzeption bot nun auch eine Chance für die Wiederaufnahme Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. Sie hielt den osteuropäischen, dem Sowjetimperium

85 6.4.1949, EBD, S. 171. Vgl. zur Gründung des United Europe Movement am 14.5.1947 und zu den weiteren Europa-Bewegungen Walter LIPGENS, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*, 1. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977, S. 319–331 u. S. 292–460.

86 Politische Kommission, Paris, 8.4.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 172f.

eingegliederten Völkern die Tür zum Beitritt offen. Die Realität der sowjetischen Bedrohung im Verein mit der Schwäche der westeuropäischen Völker während der Nachkriegszeit gebot aus Gründen der Selbsterhaltung den Anschluss an das von den USA dominierte nordatlantische Bündnis.

Der lockere Bund der NEI, ein „hinkender“ Zusammenschluss, weil er nicht nur den Parteien, sondern auch Einzelpersonen offen stand, übernahm, neben den konkurrierenden Zusammenschlüssen der anderen Parteienfamilien, eine Vorreiterrolle für die Einigung Europas. Zeitlich ging er den staatlichen Einigungsvorgängen voraus, als Parteienphänomen bildete er ein eigenständiges Element neben den europäischen Bewegungen. Die Verstärkung der Koordination wurde auf den Kongressen der NEI mehrfach angemahnt. Aber auch der unvollkommene Zusammenschluss bot ein wichtiges Forum für den Gedankenaustausch zwischen solchen Führungspersonlichkeiten, die bereits Regierungsfunktionen innehatten oder bald darauf in ihren Staaten übernehmen sollten. Diese Personenkreise konnten die für ihre nationale und die für eine übernational-gemeinsame Politik notwendigen und unentbehrlichen Kontakte und Bekanntschaften besonders auf den Zusammenkünften der Frühphase der NEI gewinnen. Die ersten Stationen überstaatlicher Zusammenschlüsse und die grundlegenden politischen Neuorientierungen dürften dadurch entscheidend erleichtert worden sein: etwa die Gründung der Montanunion, die Vorbereitung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Eintritte in die NATO, die Abwehr der durchaus vorhandenen neutralistischen Tendenzen. Selbst der mit den Fortschritten der NEI eher unzufriedene Österreicher Felix Hurdes stellte schon Mitte 1949 selbstbewusst fest: „Les NEI sont devenues une sorte de Parlement Européen de la Démocratie chrétienne.“⁸⁷

87 Genfer Kreis, 10.6.1949, EBD. S. 185.